



Beschlussvorlage Federführend: Referat für Kreisentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit	Vorlagennummer:	2021/957
	Status:	öffentlich
	Datum:	18.10.2021

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Kreisausschuss (Vorberatung)	03.11.2021	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	03.11.2021	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	---
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Bildung der Ausschüsse

Beschlussvorschlag:

Es werden folgende Ausschüsse gebildet:

1. Ausschuss für Gleichstellung, zentrale Verwaltung und Feuerschutz
2. Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz
3. Ausschuss für Bauen- und Liegenschaften
4. Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
5. Ausschuss für Gesundheit, Arbeit und Soziales
6. Jugendhilfeausschuss

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Gemäß § 71 Abs. 1 NKomVG kann der Kreistag aus der Mitte der Abgeordneten beratende Ausschüsse bilden. Da die derzeitige an die Dezernatsstruktur angeglichene Ausschuss-Struktur sich in der vergangenen Wahlperiode bewährt hat, wird folgende Ausschussbildung vorgeschlagen:

1. Ausschuss für zentrale Verwaltung und Feuerschutz:
Neu: Ausschuss für Gleichstellung, zentrale Verwaltung und Feuerschutz

11 Kreistagsabgeordnete, davon entfallen gem. § 71 Abs. 2 NKomVG auf die Gruppe SPD/Grüne 7 Sitze und auf die Gruppe CDU/FDP 4 Sitze. Die Fraktionen FW-PB und AfD erhalten je ein Grundmandat.

2. Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz:

11 Kreistagsabgeordnete, davon entfallen gem. § 71 Abs. 2 NKomVG auf die Gruppe SPD/Grüne 7 Sitze und auf die Gruppe CDU/FDP 4 Sitze. Die Fraktionen FW-PB und AfD erhalten je ein Grundmandat.

3. Ausschuss für Bauen und Liegenschaften:

11 Kreistagsabgeordnete, davon entfallen gem. § 71 Abs. 2 NKomVG auf die Gruppe SPD/Grüne 7 Sitze und auf die Gruppe CDU/FDP 4 Sitze. Die Fraktionen FW-PB und AfD erhalten je ein Grundmandat.

4. Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

11 Kreistagsabgeordnete, davon entfallen gem. § 71 Abs. 2 NKomVG auf die Gruppe SPD/Grüne 7 Sitze und auf die Gruppe CDU/FDP 4 Sitze. Die Fraktionen FW-PB und AfD erhalten je ein Grundmandat.
Für den schulischen Bereich zuzüglich 7 gesetzliche Vertreter nach dem Nds. Schulgesetz.

5. Ausschuss für Gleichstellung, Arbeit und Soziales:

Neu: Ausschuss für Gesundheit, Arbeit und Soziales

11 Kreistagsabgeordnete, davon entfallen gem. § 71 Abs. 2 NKomVG auf die Gruppe SPD/Grüne 7 Sitze und auf die Gruppe CDU/FDP 4 Sitze. Die Fraktionen FW-PB und AfD erhalten je ein Grundmandat.

6. Jugendhilfeausschuss:

9 Kreistagsabgeordnete, davon entfallen gem. § 71 Abs. 2 NKomVG auf die Gruppe SPD/Grüne 6 Sitze und auf die Gruppe CDU/FDP 3 Sitze. Die Fraktionen FW-PB und AfD erhalten je ein Grundmandat.
6 sonstige Mitglieder und 8 beratende Mitglieder.

Zusätzlich können die Fraktionen, auf die bei der Ausschussbildung kein Sitz entfallen ist, gemäß § 71 Abs. 4 NKomVG ein zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme in jeden Ausschuss entsenden. Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören, können verlangen, in einem Ausschuss ihrer Wahl beratendes Mitglied zu werden, wenn sie nicht bereits stimmberechtigtes Mitglied eines Ausschusses sind.

Ziele / Wirkungen: Entfällt

Ressourceneinsatz: Entfällt

Schlussfolgerung: Entfällt

Anlagen

Antrag der Gruppe CDU/FDP vom 19.10.2021

Referat Landrat

LR EKRA I II III

FD: RA

Eingang 19. OKT. 2021



CDU

erforderlich: zur weiteren Bearbeitung
 Bericht Rücksprache LR
Sonstiges: Kenntnis zum Verbleib
WV: Hz: S R



CDU/FDP Gruppe Kreistag Peine

Der Gruppensprecher

Landkreis Peine
Herrn Landrat
Burgstraße 1
31224 Peine

19/10

19. Oktober 2021

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Gruppe der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion im Kreistag Peine bittet um Behandlung folgenden Antrags in der konstituierenden Sitzung des Kreistages:

Antrag:

Der Kreistag beschließt die Einrichtung eines Ausschusses für Gesundheit und medizinische Versorgung (AGmV) im Landkreis Peine.

Begründung:

Unter dem Eindruck pandemischer Lagen und Berücksichtigung der demographischen Entwicklung, bekommt die Gesundheitsvorsorge in der Gesellschaft einen immer höheren Stellenwert. Dies sollte sich auch in den Schwerpunkten der Kreispolitik spiegeln.

Mit der Übernahme des Klinikums Peine (KPE) in kommunale Trägerschaft, ist auf die politisch verantwortlichen Gremien eine hohe Verantwortung zur Gewährleistung geringer ökonomischer Risiken sowie möglichst maximaler Versorgung der Bevölkerung in der Region Peine übertragen worden.

Mit dem laufenden Betrieb sind jährlich hohe Zuschüsse aus dem Haushalt des Kreises Peine zu erwarten. Eine vorsorgende haushalterische Planung ist für eine verantwortliche Wahrnehmung der politischen Vertreter unabdingbar. Dies sollte, mit den entsprechenden notwendigen Informationen der Verwaltung, konzentriert in einem eigenständigen Fachausschuss behandelt werden.

Des Weiteren kommen mit den Absichten von Politik und Verwaltung zum Neubau eines Krankenhauses durch den Landkreis Peine, zusätzliche umfangreiche Beschlüsse sowie neue unabsehbare Haushaltsrisiken auf die Kreistagsabgeordneten zu. Diese Aufgaben können nicht allein den Gremien des KPE oder Einzelbeschlüssen in diversen Ausschüssen (Zentrale Verwaltung, Bau, Soziales) überlassen bleiben.

Neben der zentralen Aufgabe einer politischen Begleitung des KPE, ist hier auch die Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, Gesundheitsdiensten und allen interessierten Handelnden im medizinischen Sektor, zu betrachten.

Mit freundlichem Grüßen

Michael Kramer

(Michael Kramer)

-Vorsitzender CDU-Fraktion-

(Jan van Leeuwen)

-Vorsitzender FDP-Fraktion-